



Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des Rechnungshofes
1030 Wien, Dampfschiffstraße 2
Tel.: +43 (1) 711 71 – 8435

Twitter: @RHSprecher
Facebook/RechnungshofAT
neuwirth@rechnungshof.gv.at

Sicheres Internet an Schulen: Rechnungshof empfiehlt mehr Aus- und Fortbildungen für Lehrpersonal

Fake News, Cybermobbing, sexuelle Belästigung – viele Gefahren lauern im Netz. Um Kinder und Jugendliche davor besser zu schützen, braucht es vor allem Präventionsarbeit, wie der Rechnungshof in seinem heute veröffentlichten Bericht „Sicheres Internet für Schülerinnen und Schüler“ festhält. Er prüfte dazu exemplarisch in den Bildungsdirektionen für Burgenland und Kärnten. Hier zeigte sich im Rahmen einer Online-Umfrage unter Schulleitungen, dass über 550 konkrete Fälle von Gefahren im Netz gemeldet wurden – Mädchen waren davon häufiger betroffen als Buben. Aber Kinder und Jugendliche sind online nicht nur immer häufiger Opfer: Im überprüften Zeitraum stieg die Internetkriminalität mit unter 14-Jährigen als Tatverdächtigen stark an und lag über der Steigerungsrate aller Altersgruppen. Weiters stellten die Prüferinnen und Prüfer fest, dass das Angebot an Hochschullehrveranstaltungen zum Thema „Sicheres Internet“ in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Der überprüfte Zeitraum umfasste im Wesentlichen die Jahre 2019 bis 2024.

Fake News und Cybermobbing am häufigsten

Weder das Bildungsministerium noch die Bildungsdirektionen für Burgenland und für Kärnten hatten eine Gesamtübersicht, wie viele Fälle krimineller Internethandlungen an Schulen auftraten. Ebenfalls fehlte ein Überblick darüber, welche präventiven Schritte Schulleitungen für sicheres Internet setzten. Daher führte der Rechnungshof eine Online-Umfrage zur Nutzung und Sicherheit des Internets und der digitalen Geräte in den Schulen durch.

So gab es in den beiden Bundesländern im Schuljahr 2023/24 insgesamt 562 konkrete Vorfälle, bei denen Schülerinnen und Schüler von Gewalt im Netz oder Ähnlichem betroffen waren. Am häufigsten nahmen die befragten Schulleitungen dabei Fälle von Fake News, gefolgt von Cybermobbing und verstörenden Inhalten wahr.

Gleichzeitig gab aber auch mehr als ein Viertel an, keine Gefahren wahrzunehmen. Radikalisierung und Datendiebstahl sahen die Schulleitungen seltener als Gefahren an. In Anbetracht dieser Erkenntnisse empfiehlt der Rechnungshof dem Bildungsministerium sowie den beiden Bildungsdirektionen, gemeinsam mit den anderen Bildungsdirektionen die Schulleitungen für Gefahren im Internet verstärkt zu sensibilisieren und ihnen Hilfe bei Vorfällen anzubieten.

Anstieg der Internetkriminalität bei unter 14-Jährigen

Die polizeiliche Kriminalstatistik zeigte im überprüften Zeitraum einen starken Anstieg der Internetkriminalität bei Kindern und Jugendlichen unter 14 Jahren. Der Anstieg war bei den unter zehnjährigen Tatverdächtigen wesentlich höher als bei den zehn- bis unter 14-Jährigen. Die starke Zunahme der Tatverdächtigen bei den unter Zehnjährigen ist unter dem Vorbehalt geringer Fallzahlen zu sehen: 2019 waren es elf Tatverdächtige und 70 im Jahr 2023. Um diesem Aufwärtstrend zu begegnen, wäre vor allem Präventionsarbeit wichtig.

Spezifische Präventionsprogramme nicht allen bekannt

Das Innenministerium entwickelte mehrere spezifische Präventionsangebote für Kinder und Jugendliche im Alter von acht bis 17 Jahren. Diese wurden kostenlos für Schulen österreichweit angeboten. Im bundesweiten Ländervergleich fanden im Burgenland wenige solcher Workshops statt. Kärnten war hingegen vergleichsweise gut abgedeckt. Dies konnte unter anderem am unterschiedlichen Bekanntheitsgrad der Programme liegen.

So kannte etwa die Bildungsdirektion für Burgenland die Jugendpräventionsprogramme der Polizei zu sicherem Internet nicht. Nach eigenen Angaben hatte sie keine Information des Innenministeriums oder der Landespolizeidirektion dazu erhalten. Der Rechnungshof betont in diesem Zusammenhang, dass solche Präventivmaßnahmen – neben der Präventionsarbeit durch die Erziehungsberechtigten und die Lehrpersonen – zu einem richtigen Verhalten im Internet beitragen können.

Angebot an Pädagogischen Hochschulen zurückgegangen

Das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Themenbereich sicheres Internet ist an Pädagogischen Hochschulen bundesweit von 2019/20 bis 2023/24 um elf



Prozent zurückgegangen. Besonders kritisch: der Rückgang an der Pädagogischen Hochschule Burgenland um 36 Prozent.

Zudem kritisiert der Rechnungshof den noch stärkeren Rückgang der Teilnahmezahlen an solchen Lehrveranstaltungen. Im Burgenland sanken diese um mehr als 70 Prozent und in Kärnten um 47 Prozent. Außerdem haben sich nur maximal fünf Prozent der Lehrpersonen zum Thema sicheres Internet weitergebildet.

Der Rechnungshof empfiehlt, die Teilnahme von Lehrpersonen an Lehrveranstaltungen, die den Themenbereich sicheres Internet beinhalten, zu forcieren.